

Knessetwahlen in Israel 2006

Angelika Timm

Die Wahlen zur 17. Knesset am 28. März 2006 bestätigten die im November 2005 von Ariel Scharon ins Leben gerufene Zentrumsparterie Kadimah (Vorwärts) als zurzeit wichtigste politische Kraft in der israelischen Parteienlandschaft.

Analyse:

Die Wahlergebnisse belegen deutliche Veränderungen auf der politischen Landkarte Israels. Sie weisen in der Friedens- bzw. Sicherheitsfrage im Vergleich zu den Wahlen von 2003 eine leichte Stärkung des kompromissbereiten Lagers der „Tauben“ und eine Schwächung des Blocks der religiös-nationalistischen „Falken“ aus.

- Die ideologisch motivierte Stimmabgabe trat deutlich hinter pragmatische Erwägungen zurück. Partikularistische Tendenzen wurden gestärkt. Die Wahlen wiesen die niedrigste Beteiligung der israelischen Parlamentsgeschichte auf.
- Der designierte Ministerpräsident Ehud Olmert verfügt in der Knesset über eine Mehrheit für die von ihm verkündeten Rückzugspläne aus größeren Teilen des Westjordangebiets. Von der Zusammensetzung der Regierungskoalition wird abhängen, ob, in welchem Zeitrahmen, mit welcher Konsequenz und mit welchen Schritten er dieses Ziel erreichen kann.
- Die Wahlen zur 17. Knesset waren zugleich die „ersten sozialen Wahlen“ in Israel. Arbeitspartei, Schas, Rentnerpartei und VTJ (44 Abgeordnete) sind bestrebt, ihre Forderungen nach Erhöhung von Mindestlohn, Kindergeld und Renten bzw. Verbesserung der Gesundheitsfürsorge in die Koalitionsvereinbarung einzubringen.
- Die Positionen der möglichen Koalitionspartner divergieren wesentlich sowohl hinsichtlich der Sicherheits- und Grenzproblematik als auch in innenpolitischen Fragen. Vorzeitige Neuwahlen sind deshalb nicht auszuschließen.

Keywords: Israel, Knesset, Wahlen, Palästina, Friedensprozess

1. Die Wahlergebnisse

In den Wahlen zur 17. Knesset stellten sich 31 Parteien bzw. Parteiverbindungen den 5.014.622 wahlberechtigten israelischen Bürgern. Obwohl die Sperrklausel erstmals 2 % betrug (1949 bis 1988 1 %, 1992 bis 2003 1,5 %), verringerte sich die Zahl der Parlamentsfraktionen kaum; in der neuen Knesset sind 12 (2003: 13, später: 11) Listen vertreten (siehe Tabelle 1). Die erhoffte Stabilisierung des politischen Systems blieb aus; die Verständigung auf eine Koalitionsregierung erweist sich als kompliziert.

Wahlsieger wurde die im November 2005 durch Ariel Scharon gegründete Partei *Kadimah* (Vorwärts), seit dem gesundheitlich bedingten Ausscheiden Scharons Anfang Januar 2006 geleitet vom amtierenden Ministerpräsidenten Ehud Olmert. Zum ersten Mal in der Geschichte Israels

gelang damit einer Zentrumsparterie der Wahlsieg. Mit 29 Abgeordneten stellt sie die größte Knessetfraktion. Am 9. April 2006 wurde Olmert vom israelischen Präsidenten Mosche Kazav mit der Regierungsbildung beauftragt.

Zweitstärkste Kraft im Parlament wurde die *Arbeitspartei* (Mifleget ha-Avodah) unter Amir Perez. Obwohl sie mit 19 Abgeordneten gegenüber 2003 keinen Parlamentssitz hinzugewinnen konnte, positionierte sie sich als ernst zu nehmender Partner für die künftige Regierungskoalition. Da Perez 2003 an der Spitze einer eigenen Liste (Am Echad) mit drei Mandaten in die Knesset eingezogen war, sind für die neu formierte Avodah 2006 sogar herbe Stimmenverluste zu verbuchen. Sowohl in den Großstädten (15,6 %) als auch in den Entwicklungsstädten (13,7 %) blieb die Partei unter den Erwartungen.

Tabelle 1: Ergebnis der Wahlen zur 17. Knesset

| Fraktion | Charakterisierung (Vorsitzender) | Stimmen absolut | Stimmen in % | Sitze 2006 (2003) |
|------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|--------------|---------------------|
| Kadimah | 2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumsparterie (Ehud Olmert) | 690.901 | 22,0 | 29 (-) |
| Arbeitspartei (Mifleget ha-Avodah) | Bündnis der Sozialdemokratie mit der religiösen Partei Meimad (Amir Perez) | 472.366 | 15,1 | 19 (19+3) |
| Schas (Sephardische Torah-Wächter) | Ethnische ultraorthodoxe Partei, Mitgliedschaft vorwiegend traditionelle orientalische Juden (Eli Jischai) | 299.054 | 9,5 | 12 (11) |
| Likud | Konservativ-nationalistisch (Benjamin Netanjahu) | 281.996 | 9,0 | 12 (38+2) |
| Jisrael Beitenu | Nationalistisch-konservative Partei von GUS-Einwanderern, 2003 mit Ichud Le'umi (Avigdor Lieberman) | 281.880 | 9,0 | 11 (-) |
| Ichud Le'umi/Mafdal | Religiös-nationalistisch, Siedlerpartei, Zusammenschluss Februar 2006 (Benny Elon) | 224.083 | 7,1 | 9 (7+6) |
| Gil (Mifleget ha-Gimla'im) | Rentnerpartei, kritisiert vor allem die soziale Benachteiligung der älteren Generation durch die neoliberale Wirtschaftspolitik (Rafi Eitan) | 185.759 | 5,9 | 7 (-) |
| Vereinigtes Torah-Judentum (VTJ) | Ultraorthodox, vorwiegend aschkenasische Juden (Jaakov Litzman) | 147.091 | 4,7 | 6 (5) |
| Merez | Linksliberal (Jossi Beilin) | 118.302 | 3,8 | 5 (6) |
| Vereinigte Arabische Liste (Ra'am)/Ta'al (VAL) | Bündnis Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und der von Ahmed Tibi geführten Ta'al (Ibrahim Sarsur) | 94.786 | 3,0 | 4 (2) |
| Chadasch (Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit) | Von der Kommunistischen Partei Israels geführtes Bündnis mit überwiegend arabischer Mitgliedschaft (Muhamad Barakei) | 86.092 | 2,7 | 3 (3) |
| Balad (Nationaldemokratischer Bund) | Arabisch-nationale Partei (Asmi Bischara) | 72.066 | 2,3 | 3 (3) |

Quelle: Israelische Presse.

Der *Likud* konnte sich von der Abspaltung des Scharon-Flügels nicht erholen und behauptete nur 12 von 40 (2003) Parlamentssitzen.¹ Er verlor einen wesentlichen Teil seiner bisherigen Wählerschaft, vor allem an Kadimah, Schas und Jisrael Beitenu.

Zu den Wahlsiegern gehört die Partei russischsprachiger Neueinwanderer *Jisrael Beitenu* (Israel ist unser Zuhause). Die von Avigdor Lieberman geführte Liste – 2003 noch gemeinsam mit Ichud Le’umi – errang im neuen Parlament elf Mandate. Die Partei gilt als rechtspopulistisch.

Die ultraorthodox-religiösen Parteien verstärkten ihre Präsenz im Parlament. Der vor allem von orientalischen Juden gewählten *Schas* gelang es durch Betonung sozialer Fragen, Wähler vom *Likud* zurückzugewinnen und zur drittstärksten Knessetfraktion aufzusteigen. Der Stimmenzuwachs für das *Vereinigte Torah-Judentum* (VTJ) dagegen dürfte vor allem der zahlenmäßig gewachsenen ultraorthodoxen aschkenasischen Wählerschaft zuzuschreiben sein. Beide Parteien erzielten insbesondere in Jerusalem (VTJ 18,6 %, Schas 15,1 %), in Bnei Brak (VTJ 56,4 %, Schas 23,8 %) und in einer Reihe von Entwicklungsstädten beachtenswerte Erfolge.

Als Überraschung der Wahlen gilt die Rentnerpartei *Gil* (Alter, Freude). Sie erhielt 5,9 % der gültigen Stimmen und wird mit sieben Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Ihr Vorsitzender Rafi Eitan ist ein ehemaliger Mossad-Offizier, der 1961 an der Ergreifung Eichmanns in Argentinien beteiligt und später Führungsoffizier des seit 1986 in den USA wegen Spionage inhaftierten und zu lebenslänglicher Haft verurteilten israelischen Agenten Jonathan Pollard war. Dem in der israelischen Öffentlichkeit bislang relativ unbekanntem Geschäftsmann und Millionär Eitan gelang der Wahlerfolg nicht zuletzt mithilfe einer großen Zahl von Proteststimmen junger Israelis, die sich mit ihrem Votum bewusst gegen die etablierten Parteien aussprachen.

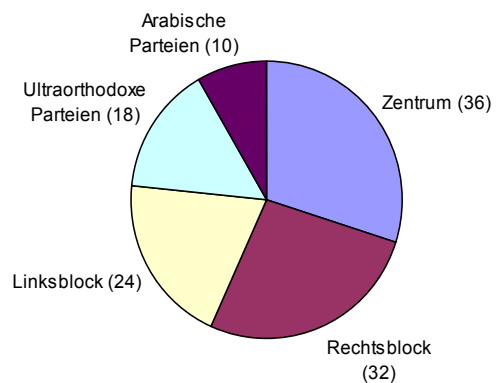
Verluste mussten die stärker ideologisch ausgerichteten Parteien am linken wie am rechten Rand des politischen Spektrums hinnehmen. Die linksliberale *Merez* erreichte nur noch fünf Mandate (1999: 10, 2003: 6) und auch der Parteienverbund der Siedler – *Ichud Le’umi/Mafdal* – erfüllte mit neun Parlamentssitzen nicht die Hoffnungen

seiner Klientel. Beide Parteien hatten im Wahlkampf vor allem das angespannte israelisch-palästinensische Verhältnis thematisiert. Während *Merez* die von der Mehrheit der Israelis als unrealistisch angesehene Genfer Initiative in die Mitte ihrer Wahlplattform gestellt hatte, gelten Ichud Le’umi/Mafdal, 2003 noch getrennt kandidierend, als Interessenvertreter des harten Kerns der Siedler in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Wie 2003 zogen drei Parteien mit mehrheitlich arabischer Wählerschaft in das israelische Parlament ein. Die *Vereinigte Arabische Liste* (*Ra’am*)/*Ta’al* (*VAL*), *Chadasch* und *Balad* konnten die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten von acht auf zehn erhöhen. Auf die Regierungsbildung werden sie weiterhin keinen Einfluss haben; für Abstimmungen in der Knesset – z. B. über das Schicksal der Westbank – dagegen dürfte ihr Votum von Bedeutung sein.

Insgesamt führten die Wahlen zu einer deutlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses im Parlament (siehe Schaubild 1). Während die „nationale und religiöse Rechte“ (*Likud*, *Mafdal*, *Ichud Le’umi*, *Jisrael Beitenu*, *Schas*, *VTJ*) in der 16. Knesset noch mit 69 Sitzen vertreten war, verfügt sie nunmehr lediglich über 50 Mandate. Der Mitte-Links-Block dagegen (*Kadimah*, *Avodah*, *Merez*, *Rentnerpartei*) erzielte 60 – unter Einbeziehung der arabischen Parteien sogar 70 – Sitze und ist seit 1973 erstmals wieder stärker als das rechte Lager.

Schaubild 1: Parteienblöcke in der 17. Knesset



Quelle: Darstellung A.T.

¹ Bei den Wahlen zur 16. Knesset erhielt der *Likud* 38 Sitze; unmittelbar nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse schloss sich ihm die Neueinwandererpartei *Jisrael ba-Aljiah* mit zwei Mandaten an.

Die Verschiebungen im politischen Spektrum und im Wählervotum spiegeln sich in der 17. Knesset wie folgt wider:

- Zentrum: Kadimah, Rentner (36 Sitze),
- Rechtsblock: Likud, Israel Beitenu, Mafdal/ Ichud Leumi (32),
- Linksblock: Avodah, Merez (24),
- ultraorthodoxe Parteien: Schas, Tora-Judentum (18),
- arabische Parteien: Vereinigte Arabische Liste, Chadasch, Balad (10).

2. Wahlkampf und Wählerverhalten

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 62,8 % den Tiefpunkt in der parlamentarischen Geschichte des Landes,² geschuldet vorwiegend der verbreiteten Politikverdrossenheit. Zur allgemeinen Wahlmüdigkeit trug bei, dass die israelischen Bürger innerhalb von zehn Jahren zum fünften Mal an die Wahlurne gerufen wurden. Alle Umfragen sagten zudem ständig den sicheren Sieg von Kadimah voraus. Viele unentschiedene Bürger fühlten sich daher nicht veranlasst, ihr Votum abzugeben. Wie der Peace Index der Universität Tel Aviv vom Februar 2006 auswies, waren vier Wochen vor dem Urnengang 60 % der Befragten der Meinung, an der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes werde sich ohnehin kaum etwas ändern; hinsichtlich der sozialen Fragen zeigte sich mehr als die Hälfte (51 %) skeptisch. Diese Sicht änderte sich auch nach den Wahlen nicht grundlegend; einzig hinsichtlich der Sozialpolitik hofft eine klare Majorität der Wähler auf positive Veränderungen.

Mehrere Korruptionsskandale, insbesondere im Likud, ließen das Vertrauen in die Politik sowie das Prestige der Politiker weiter abnehmen. Pragmatische Überlegungen und partikularistische Tendenzen spielten offensichtlich eine größere Rolle als 2003 und bewirkten umfassende Wählerwanderungen. Lediglich 17 % der Wähler votierten für die Partei, der sie bereits 2003 ihre Stimme gegeben hatten. Von der geringen Wahlbeteiligung profitierten vor allem sektorale Parteien, wie die sephardisch-ultraorthodoxe Schas, die Partei der russischen Neueinwanderer Jisrael Beitenu und die Rentnerpartei Gil.

² 1949-1999 lag die Wahlbeteiligung bei durchschnittlich 80,2 %, 2003 betrug sie 68,9 %.

Über den politischen Auseinandersetzungen vor der Knessetwahl lag der Schatten Ariel Scharons, der nach schweren Gehirnblutungen seit 4. Januar 2006 im Koma liegt. Ehud Olmert suchte das politische Vermächtnis seines Vorgängers zu erfüllen und sich als dessen „Erbe“ zu profilieren; er verfügt jedoch weder über Scharons Charisma noch über dessen Popularität.

Der Wahlkampf wurde vor allem von zwei Themenkomplexen – Sicherheit und Soziales – geprägt. Nach dem einseitigen Abzug Israels aus dem Gazastreifen und aus vier Siedlungen der Westbank im Sommer 2005 kam der Frage, ob und in welchem Umfang weitere israelische Siedlungen geräumt werden sollten, ein hoher Stellenwert im innenpolitischen Diskurs zu. Olmert sprach sich für die Fortsetzung der Politik Scharons aus und erklärte die Knessetwahlen zum Votum für oder gegen den Rückzug aus weiteren Teilen der Westbank.

Zeitweilig wurde im Wahlkampf die Diskussion über Sicherheit, Rückzug und Grenzen von der sozialen Problematik überlagert oder verdrängt. Hinreichend Sprengstoff dafür bot der während der letzten Legislaturperiode rasch vorangetriebene Abbau staatlicher Sozialleistungen. Laut dem am 23. Januar 2006 veröffentlichten Armutsreport lebten Mitte 2005 – trotz wirtschaftlichen Wachstums – 1,58 Millionen, d. h. nahezu ein Viertel der israelischen Bürger, unterhalb der Armutsgrenze. Für die seit 1998 um 50 % gestiegene Kinderarmut wird nicht zuletzt die Kappung des staatlichen Kindergeldes um 45 % verantwortlich gemacht. Die Arbeitslosigkeit liegt zurzeit bei 8,8 %.

Das allgemeine Absinken des Lebensstandards wurde insbesondere dem neoliberalen Reformprogramm des Likud-Finanzministers Netanjahu angelastet. Amir Perez, bisheriger Gewerkschaftsführer und neuer Vorsitzender der Arbeitspartei, vermochte es dagegen, seinen Führungsanspruch in der Avodah durch stärkere Betonung der sozialen Frage zu untermauern. Ähnlich agierte Schas, deren Hauptthema „Kulturkampf“ durch das Ausscheiden der antiklerikalen Schinui an Attraktivität eingebüßt hatte und die ob ihrer Wahlagenda in der neuen Knesset dem „sozialen Block“ zugerechnet wird.

Das Votum der etwa 650.000 Staatsbürger umfassenden Gruppe russischsprachiger Wähler wurde in hohem Maße durch Avigdor Lieberman geprägt, obwohl die Neueinwanderer in politischer Hinsicht keine homogene Gemeinschaft

bilden. Umfragen zufolge identifizieren sich 12-15 % der „Russen“ mit der „Linken“ und 25 % mit der „nationalen Rechten“. Obwohl die Mehrheit der russischen Wähler somit im Zentrum des politischen Spektrums zu verorten ist, profitierte nicht Kadimah, sondern die 1999 von Lieberman gegründete Partei Jisrael Beitenu von dieser Situation. Im Vergleich zur 16. Knesset erhöhte sich insgesamt die Zahl neu zugewanderter russischsprachiger Abgeordneter von 10 auf 14 (Jisrael Beitenu 8, Kadimah 3, Schas 2, Likud 1).

Das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Bürgern Israels wurde im Wahlkampf kaum thematisiert, obwohl es zu den wichtigen Zukunftsfragen des Landes gehört. Lediglich Rechtspopulisten – wie Avigdor Lieberman und Baruch Marzel – suchten mit Transferforderungen zu punkten. So warb Lieberman für den Vorschlag, Ortschaften mit arabischer Bevölkerungsmehrheit im israelischen Kernland – Um el-Fahm etwa – gegen Siedlerblöcke in der Westbank auszutauschen.

Das Primat des Sozialen gegenüber dem Nationalen spiegelt sich auch im arabischen Wahlverhalten wider. Landesweit votierte etwa ein Viertel der arabischen Wähler für zionistische Parteien – in 28 arabischen Ortschaften erhielt die Arbeitspartei die Stimmenmehrheit, in drei Orten dominierte gar die jüdisch-ultraorthodoxe Schas. In den beiden größten arabischen Städten Nazareth und Um el-Fahm setzte sich Chadasch mit 43,8 % bzw. 56,1 % gegenüber VAL und Balad durch.

In der neuen Legislative sind insgesamt zwölf arabische Bürger Israels vertreten, davon neun auf den o. g. drei Listen. Kadimah stellt einen drusischen Abgeordneten; auf der Avodah-Liste zogen zwei Vertreter der arabischen Minderheit ins Parlament ein.

3. Kontinuitäten und Brüche in der politischen Landschaft

Die jüngste Parlamentswahl dürfte zwar nicht, wie die Knessetwahlen 1977 oder 1992, als „politische Wende“ in die Geschichte Israels eingehen; sie hat jedoch Brüche in der politischen Landschaft des Landes sichtbar gemacht, die zumindest mittelfristig Wirkung zeitigen können. Erstmals hatten sich die Wähler nicht zwischen zwei politischen Hauptkontrahenten – dem national-konservativen Likud und der sozialdemokratischen Arbeitspar-

tei – zu entscheiden, sondern sahen sich mit drei großen Parteien konfrontiert, die um das Mandat für die Regierungsbildung rangen. Kontinuität und Veränderung in der Parteienlandschaft spiegeln sich insbesondere in den folgenden neuen Tendenzen wider:

1. Ministerpräsident Ariel Scharon hatte 2005 mit dem einseitigen Abzug Israels aus dem Gazastreifen und Teilen der Westbank in der israelischen Sicherheitspolitik ein neues strategisches Konzept – den Unilateralismus – durchgesetzt. Diese Entwicklung trug zur Spaltung des Likud bei, der seit Mitte der 1970er Jahre die politische Agenda Israels wesentlich geprägt hatte. Mit der Gründung von Kadimah betrat eine Partei der gemäßigten Rechten die politische Arena. Mithilfe des Übertritts von Teilen der Sozialdemokratie (Schimon Peres, Chaim Ramon, Dalia Itzik) und der Aufnahme von Personen des öffentlichen Lebens (u. a. Uriel Reichman, Präsident des Interdisciplinary Center Herzliya) sucht sie sich als Zentrums-partei zu profilieren.
2. Insbesondere in der Palästinenserfrage repräsentiert Kadimah die Mehrheitsmeinung der Israelis, der zufolge territoriale Kompromisse zwar erforderlich seien, es seit dem Scheitern der Camp-David-Verhandlungen und dem Ausbruch der zweiten Intifada im Herbst 2000 jedoch keinen vertrauenswürdigen Partner auf palästinensischer Seite gebe. Der von Scharon und Olmert aufgegriffene Konsens könnte der Partei, verstärkt durch die Machtambitionen ihrer Führer, durchaus eine längere Überlebensdauer gewähren als alle früheren Zentrumsparteien – Dasch (1977), Dritter Weg (1992) und Zentrumspartei (1999) – aufzuweisen hatten.
3. Dennoch tritt Kadimah bisher lediglich als diffuses Sammelbecken pragmatisch orientierter Politiker in Erscheinung. Die Gemeinsamkeiten etwa zwischen Olmert, Mofas und Hanegbi auf der einen, Peres, Ramon und Itzik auf der anderen Seite sind begrenzt. Sie beruhen primär auf der Einsicht, dass die Existenz eines jüdischen und demokratischen Staates nicht mit der Großisrael-Ideologie vereinbar sei. Meinungsverschiedenheiten in Grundfragen – künftiger Grenzverlauf, Schicksal Jerusalems, militärisches Vorgehen gegenüber den Palästinensern etc. –, aber auch hinsichtlich der Struktur der Regierungskoalition und der

Besetzung von Ministerämtern brachen bereits während der Koalitionsgespräche auf. Die optimistische Erwartung besagt, dass das Wirken von Kadimah als führender Regierungspartei zu einer zeitweiligen Stabilisierung des politischen Lebens führen, sich ein relativ starkes politisches Zentrum herausbilden und sich eine neue bürgerlich-liberale Partei etablieren könnte.

4. Einige neue Akzente für die israelische Parteienlandschaft setzten der Führungswechsel in der Arbeitspartei, der Austritt der Avodah aus der von Scharon geführten Regierungskoalition und die folgende Abspaltung eines Teils der bisherigen Führungsspitze. Die Wahl von Amir Perez symbolisiert nicht nur einen Generationswechsel; sie brachte erstmals auch einen orientalischen Juden an die Spitze der seit ihrer Gründung aschkenasisch dominierten Partei. Insbesondere mit seiner sozialen Agenda gelang es Perez, die Sozialdemokratie zu neuem Leben zu erwecken. Obwohl der erhoffte Stimmenzuwachs bei den Wahlen noch ausblieb, wurde die Avodah wieder zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor, der in der künftigen Exekutive zum wichtigsten Koalitionspartner von Kadimah aufsteigen und Einfluss auf das Regierungsprogramm nehmen könnte.
5. Das Fortbestehen des Likud als wichtiger Kraft im rechten politischen Spektrum und gleichzeitig die enorme Einbuße an Macht und Einfluss spiegeln beispielhaft den Spannungsbogen von Kontinuität und Veränderung wider. Die Wahlniederlage wird durch israelische Politologen nicht nur mit der Abspaltung des Scharon-Flügels und der unsozialen Politik Netanjahus als Finanzminister, sondern auch mit der Tatsache begründet, dass die ideologische Plattform des Likud von Teilen der bisherigen Wählerschaft als obsolet betrachtet wurde. Aufgrund innerparteilicher personaler Auseinandersetzungen dürfte die Partei in der kommenden Legislaturperiode kaum in der Lage sein, eine größere politische Rolle zu spielen. Weitere Abspaltungen oder der Anschluss an die Siedlerpartei Ichud Le'umi sind nicht auszuschließen.
6. Die 1956 gegründete Nationalreligiöse Partei (Mafdal) – fünf Jahrzehnte lang eine feste Größe im parlamentarischen System Israels – gab ihre organisatorische Selbständigkeit auf und schloss sich Ichud Le'umi an. Damit wurde

der nach dem Sechstagekrieg 1967 eingeleitete Transformationsprozess der führenden Partei des religiösen Zionismus zur Interessenvertretung der Siedler abgeschlossen. Bereits im Umfeld des einseitigen Rückzugs aus Gaza im Sommer 2005 sowie bei der gewaltsamen Räumung israelischer Vorposten in der Westbank im Februar 2006 hatte sich gezeigt, dass Mafdal wie Ichud Le'umi auf der Großisrael-Ideologie beharren und nicht gewillt sind, diese zugunsten pragmatischer Politikansätze aufzugeben. Wenngleich die Fusion als logische Schlussfolgerung erschien, kam die faktische Auflösung der Nationalreligiösen Partei unerwartet.

7. Völlig von der politischen Bildfläche verschwunden ist die antiklerikale Schinui, 2003 mit 15 Abgeordneten noch drittstärkste Fraktion in der Knesset und bis Januar 2005 an der Regierung Ariel Scharons beteiligt. Die Spaltung der Partei und die Demission ihres Gründers und Vorsitzenden Tommy Lapid am 25. Januar 2006 beendeten das Wirken einer politischen Gruppierung, die sich als Interessenvertreter des säkularen Mittelstandes verstand und seit 1999 in der Knesset wie über die Medien einen intensiven „Kulturkampf“ gegen die ultraorthodoxen Parteien, insbesondere Schas, geführt hatte.

4. Schwerpunkte des Regierungsprogramms

Der designierte Ministerpräsident Ehud Olmert steht vor der Aufgabe, eine Koalitionsregierung zu bilden, die innerhalb von 45 Tagen den zunächst eingefrorenen Haushaltsentwurf 2006 überarbeiten und von der Knesset bestätigen lassen muss. Scheitert sie in dieser Frage, werden innerhalb von drei Monaten erneut Parlamentswahlen stattfinden.

Für die Zusammensetzung der Regierung sind mehrere Optionen denkbar. Dabei zeichnet sich ab, dass Olmert eine breite Koalition unter Einbeziehung der Avodah, der ultraorthodoxen Parteien Schas und VTJ sowie der Rentnerpartei favorisiert. Sie würde mit 73 der insgesamt 120 Knessetmandate über eine ausreichende Mehrheit verfügen. Um den angestrebten nationalen Konsens in den Sicherheitserwägungen zu stärken und insbesondere die große Zahl russischsprachiger Israelis nicht auszuschließen, ist Olmert darüber hinaus um die Regierungsbeteiligung

von Jisrael Beitenu bemüht – nicht zuletzt auch im Bestreben, in der künftigen Regierung ein Gegengewicht zur Avodah zu schaffen. Eine derartige Mitte-Links-Rechts-Koalition würde zwar ein breites politisches Spektrum einbinden, dürfte jedoch nur bedingt aktions- und durchsetzungsfähig sein; bei zentralen Aufgaben und Themen der Regierungstätigkeit könnten die Fraktionen einander blockieren.

Die neue Regierungskoalition wird sich – unabhängig von ihrer konkreten Zusammensetzung – großen Herausforderungen auf innen- und außenpolitischem Gebiet zu stellen haben. Auf innergesellschaftlicher Ebene dürfte vor allem die soziale Frage einen größeren Stellenwert als bisher einnehmen. Mit Avodah, Rentnerpartei, Schas und VTJ entstand ein „sozialer Block“ von 44 Parlamentariern, der versuchen wird, zumindest einen Teil der im Wahlkampf festgelegten Forderungen durchzusetzen. Die zur Erhöhung von Mindestlohn, Kindergeld und Renten sowie zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge erforderlichen Gelder werden indessen auf 2-3 Mrd. US\$ geschätzt.

Die Wahlen zur 17. Knesset waren andererseits nicht nur die ersten „sozialen Wahlen“ des Landes, sie stellten zugleich ein Referendum über die künftigen Staatsgrenzen dar. Wenngleich die extreme Rechte mit ihrem Anspruch auf Großisrael eine Niederlage einstecken musste, sind die Weichen für die künftige Politik gegenüber den Palästinensern noch keinesfalls endgültig gestellt.

In seiner Rede am Wahlabend erklärte Ehud Olmert, eine Regierung unter seiner Führung werde die Grenzen Israels festlegen und die Armee bzw. die Siedler aus weiten Teilen des Westjordanlandes zurückziehen. Seinen Worten zufolge sei Israel zu Verhandlungen mit den Palästinensern bereit, werde notfalls die Landesgrenzen jedoch ohne palästinensische Zustimmung, d. h. in einseitiger Aktion, festlegen. Nicht zuletzt von der Zusammensetzung der Regierungskoalition wird es abhängen, ob und in welchem Zeitrahmen und mit welchen Schritten der designierte Ministerpräsident seine Wahlversprechen erfüllen kann. Er hat dabei zu berücksichtigen, dass 76 % der Israelis und 73 % der Palästinenser bilaterale Verhandlungslösungen einseitigen Aktionen vorziehen würden.

Wie Olmert am 12. April 2006 in einem Interview mit dem Wall Street Journal konkretisierend ausführte, sieht er als Zeitspanne für den Rück-

zug 18 Monate vor, wobei er sofort nach seiner Bestätigung als Premier ein Expertenteam aus Militärs, Politikern und Wirtschaftsfachleuten mit der konkreten Planung betrauen wolle. Für die geschätzten Kosten in Höhe von ca. 10 Mrd. US\$ (u. a. für die Rückführung von 40.000-70.000 Siedlern und deren Entschädigung) wolle er – beginnend mit seinem Antrittsbesuch beim US-Präsidenten – internationale Unterstützung einwerben. Jerusalem solle nicht wieder geteilt werden, wobei die Möglichkeit offen gehalten wurde, einige arabische Viertel im Ostteil der Stadt der palästinensischen Autorität zu unterstellen. Insgesamt werde der israelische Rückzug „das Gesicht der Region verändern“.

Die sich aus dem „Unilateralismus“ des israelischen Vorgehens und aus dem internationalen Boykott des demokratisch gewählten palästinensischen Parlaments und der von der Hamas dominierten Exekutive ergebenden Konsequenzen scheinen bisher nur bedingt überschaubar. Einseitige Maßnahmen würden Israel zwar aus der Verantwortung für die palästinensischen Territorien entlassen und „nur“ innerisraelische Kompromisse erfordern. Sie würden ohne Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates jedoch ein Machtvakuum entstehen lassen, aus dem ständig neue Unruhe und Instabilität oder neue Gewalt erwachsen könnten. Das Projekt eines palästinensischen Flickenteppichs, dessen getrennte Einheiten wirtschaftlich nicht lebensfähig wären, könnte eine virulente dritte Intifada provozieren und stünde mittel- wie längerfristig kaum im nationalen Interesse Israels.

Weitere Informationen und Materialien unter:

www.mfa.gov.il/elections17/eng/index_eng.asp
www.knesset.gov.il/main/eng/home.asp
www.kadimasharon.co.il/11-en/index.aspx
www.avoda2006.org.il/PageL.asp?cc=0124
www.likud.org.il/anglos.asp
www.meria.idc.ac.il/news/2006/06April10news.html
www.tau.ac.il/peace/

■ Die Autorin

Dr. habil. Angelika Timm ist DAAD-Langzeitdozentin an der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan, Israel und langjährige Autorin des „Orient“.

E-Mail: timmang@mail.biu.ac.il.

Websites: www.fu-berlin.de/polmideast/Angelika_Timm.htm,
www.biu.ac.il/SOC/po/cvs/angelika_timm.html.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Beobachtung von Wahlprozessen wie auch Fragen der Regierungsbildung gehören zum Kern der Forschungsagenda von Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme).

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom Deutsches Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Deutsches Orient-Institut

IMPRESSUM